

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse

- (A) Wir kommen zu dem Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 16/11907. Interfraktionell ist vereinbart, über den Entschließungsantrag auf Wunsch der Fraktion Die Linke abweichend von der Geschäftsordnung sofort abzustimmen. Sind Sie damit einverstanden? – Ich sehe, das ist der Fall. Dann verfahren wir so. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Linken bei Enthaltung der Grünen abgelehnt.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 28 auf:

- Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Anja Hajduk, Alexander Bonde, Anna Lührmann, weiteren Abgeordneten und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Sicherung der Handlungsfähigkeit von Haushaltspolitik in der Zukunft**

– Drucksache 16/5955 –

- Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Anja Hajduk, Alexander Bonde, Anna Lührmann, weiteren Abgeordneten und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Begleitgesetzes zum Gesetz zur Sicherung der Handlungsfähigkeit von Haushaltspolitik in der Zukunft (Zukunftshaushaltsgesetz-Begleitgesetz)**

– Drucksache 16/5954 –

- (B) Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)

– Drucksache 16/10384 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Steffen Kampeter
Carsten Schneider (Erfurt)
Otto Fricke
Roland Claus
Alexander Bonde

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile Kollegin Petra Merkel für die SPD-Fraktion das Wort.

Petra Merkel (Berlin) (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute in zweiter und dritter Lesung die Gesetzentwürfe von Bündnis 90/Die Grünen aus dem Jahr 2007. Wir haben diese Gesetzentwürfe im Haushaltsausschuss bereits im September 2008 abgelehnt.

Bei dem Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Handlungsfähigkeit von Haushaltspolitik in der Zukunft – ein wunderbarer Titel! – geht es unter anderem um das, worum wir uns in den letzten beiden Jahren in der Föderalismuskommission II bemüht haben: einen Weg

zu finden, wie die Schulden des Bundes und auch der Länder begrenzt werden können. (C)

Seit dem Ende der Föderalismuskommission I diskutieren wir über Regelungen für die Finanzströme zwischen Bund und Ländern. Es geht somit um etwas mehr als um eine Schuldenregel. 2007 hat sich, wie in der Föderalismuskommission I vorgesehen, eine Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, kurz: Föderalismuskommission II, gegründet. Auftrag dieser Kommission war es, Vorschläge zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen zu erarbeiten.

Gestern hat die letzte Sitzung dieser Kommission stattgefunden.

(Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es hieß schon zum zweiten Mal: die letzte Sitzung!)

– Eine allerletzte, Herr Bonde, in der es um rein Redaktionelles gehen soll, wird am 5. März stattfinden. Im Anschluss werden die Ausführungsgesetze erarbeitet, und die parlamentarischen Beratungen werden folgen, damit wir die notwendigen Gesetzesänderungen bis zum Sommer beschließen können. Dazu brauchen wir, wie Sie wissen, eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag und im Bundesrat. Schon deshalb müssen die Ergebnisse der Föderalismuskommission II, insbesondere die Schuldenregel, die eingeführt werden soll, konsensfähig sein.

Die Gesetzentwürfe der Grünen sind mit „Sicherung der Handlungsfähigkeit von Haushaltspolitik in der Zukunft“ gut überschrieben. Doch leider stammen diese Gesetzentwürfe von Juli 2007, sind unter komplett anderen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen verfasst worden, als wir sie derzeit haben. (D)

„Sicherung der Handlungsfähigkeit von Haushaltspolitik in der Zukunft“ – genau das muss auch eine Schuldenregel sicherstellen, und deswegen nenne ich einige Punkte, die ich als wesentliche Kriterien für eine neue Schuldenregelung sehe: Sie muss besser sein als die, die wir im Augenblick im Grundgesetz haben. – In Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern erfahren wir, dass das Anhäufen von Schulden und damit verbunden das verstärkte Anwachsen des Schuldenberges viele Menschen sehr verunsichert. Das ist auch verständlich, und deswegen müssen wir klarstellen, dass wir nur bedingt Schulden machen wollen.

Die Schuldenregel muss allerdings auch einen handlungsfähigen Staat und ein starkes Parlament gewährleisten. Sie muss den Konjunkturzyklus beachten, und sie muss generationengerecht sein.

Wir haben uns in der gestrigen Kommissionssitzung auf eine neue Schuldenregel verständigt, und darüber werden wir noch ausführlich beraten.

In den letzten Monaten – das wissen Sie alle – haben sich die Bedingungen dramatisch verändert. In diesen schwierigen Zeiten fiel nun auch das Ende der Föderalismuskommission II und damit auch die Entscheidung über eine neue Schuldenregel. Das erschien einigen angesichts der derzeitigen Belastungen und der

Petra Merkel (Berlin)

- (A) Summen, die wir in die Hand nehmen, um die Wirtschaftskrise zu überstehen, widersprüchlich. Während die einen fanden, eine neue Schuldenregel brauche man gerade jetzt, fanden die anderen, die Zeit, in der wir jegliche Schuldengrenzen überschreiten, sei nicht der richtige Zeitpunkt, um so etwas einzuführen.

Wenn wir eine neue, bessere Regelung zur Verschuldungsbegrenzung finden wollen, dann müssen wir sie in der Praxis testen, wo sie sich bewähren muss, und zwar auch im extremsten Fall, den wir vorher wahrscheinlich so gar nicht konstruiert hätten. Man testet doch auch keine Geländewagen auf dem Parkplatz oder in der Garage.

(Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Die meisten fahren nur auf der Straße!)

Zurück zu Ihren Gesetzentwürfen. Warum haben Sie eigentlich Ihre alten Gesetzentwürfe herausgeholt und auf die Tagesordnung setzen lassen, habe ich mich gefragt. Sie wissen, dass eine Schuldenregel nur eine Chance haben wird, wenn wir über Fraktionsgrenzen hinweg arbeiten, über Koalitionsgrenzen hinweg übrigens auch. Es wird nur gemeinsam mit Bund und den Ländern gelingen. Dazu wurde die Föderalismuskommission eingesetzt. Deshalb kann ich die Gesetzentwürfe der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen jetzt nicht nachvollziehen. Sollten sie als Vehikel dazu dienen, eine Diskussion über die Föderalismusreform zu führen, sind sie nicht tauglich, weil wir die konkreten Texte brauchen, um darüber zu diskutieren. Die werden zurzeit erarbeitet und erst im März vorliegen. Dann wird die parlamentarische Arbeit losgehen bzw. weitergehen.

(B)

Wenn Sie aber die Gesetzentwürfe herausgeholt haben, um uns eine nicht zukunftsfähige Haushaltspolitik vorzuwerfen, dann ist Ihr Vorhaben auch misslungen. Wir haben vorhin das zweite Konjunkturpaket verabschiedet, und eines ist doch klar: Wir machen keine Schulden, um uns unverantwortlich gegenüber dem Steuerzahler zu verhalten. Schulden sind kein Selbstzweck. Wir machen im Moment Schulden, weil wir angesichts der Weltwirtschaftskrise alles uns Mögliche unternehmen wollen, um die Auswirkungen auf unser Land abzumildern, um Menschen in Beschäftigung zu halten, um aus der Krise gestärkt hervorzugehen. Über das Konjunkturpaket II haben wir aber bereits in aller Ausführlichkeit diskutiert; das müssen wir an dieser Stelle nicht mehr tun.

Noch einmal ganz deutlich: Hätten wir nicht in der Vergangenheit mit Finanzminister Steinbrück einen Weg der Konsolidierung verfolgt, dann wären wir jetzt nicht handlungsfähig und hätten jetzt nicht die Möglichkeit und nicht die Mittel, um so agieren zu können, wie wir es tun.

Ihre Gesetzentwürfe sind im September 2008 – das sagte ich bereits – im Haushaltsausschuss abgelehnt worden. Ablehnung empfehle ich heute auch. Da sie die Handschrift von Anja Hajduk tragen, ein Gruß nach Hamburg. In der Zwischenzeit hat sie längst eine andere Funktion.

Ich habe mir für heute noch eine gute Tat vorgenommen und schenke Ihnen deshalb jetzt Zeit und beende meine Rede. (C)

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns allen eine gute Beratung.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollege Otto Fricke für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Otto Fricke (FDP):

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Kollegin Merkel, herzlichen Dank für das kleine Geschenk. – Ich will anfangen mit einem Satz aus dem Buch der Bücher. Auch bei Schulden geht es ja um das große Ganze, wo wir hin wollen. Im zweiten Korintherbrief finden wir einen schönen Satz, der die Schulden und die Frage, warum wir keine Schulden machen sollten, genau betrifft:

Denn die Kinder sollen nicht für die Eltern Schätze sammeln, sondern die Eltern für die Kinder.

Ein eigentlich ganz einfacher Satz, aber er beinhaltet nichts anderes als unseren Generationenvertrag, den wir alle als Politiker in den letzten Jahrzehnten verletzt haben.

(Beifall bei der FDP)

(D)

Deswegen sage ich ganz bewusst: Der Gesetzentwurf der Grünen ist eine gute Tat, er zeigt in die richtige Richtung, er ist aber noch nicht das, was wir als FDP wollen. Ich will ausdrücklich positiv hervorheben, dass Sie mit den Ansätzen, die Verfassung zu verändern, die entsprechenden Haushaltsordnungen zu verändern usw., in die richtige Richtung gehen. Das gilt insbesondere für das Top-Down-Verfahren. Dabei wird festgelegt, wo sich der Deckel der Ausgaben befindet, und unterhalb dieses Deckels muss sich geeinigt werden, wie viel Geld ausgegeben wird.

Bisher war es demgegenüber so, dass 20 Minister – oder wie viele es auch immer gerade sind – im Kabinett sitzen, von denen jeder sagt, dass er gerne ein bisschen mehr hätte. Das kann nicht mehr der richtige Weg sein; denn die Große Koalition hat deutlich gezeigt: Wenn die Schwarzen sagen, dass sie 1 Milliarde Euro mehr brauchen, dann sagen die Roten nicht Nein, sondern dann wollen sie auch 1 Milliarde Euro mehr. So ist es auch umgekehrt gewesen. So war das auch beim Nachtragshaushalt, und so ist das auch bei dem sogenannten Konjunkturpaket.

(Beifall bei der FDP)

Ich muss den Grünen aber doch deutlich sagen, dass auch sie, wie immer, Ausnahmen machen. Sie lassen viele Ausnahmen zu, sodass doch etwas anderes zulässig ist. Geben wir alle – auch wir als hier noch anwesende Haushälter – doch unumwunden zu, dass es Zeiten gibt,